

Wann es tatsächlich zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen kommen wird, ist noch völlig offen. Navarro-Valls war bemüht deutlich zu machen, daß die Einrichtung einer entsprechenden Kommission zur Vorbereitung der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen ein durchaus übliches und auch in jüngster Zeit mehrfach angewandtes Verfahren sei, bilaterale Fragen zu einer Klärung zu bringen (z. B. Polen, Tschechoslowakei, Mexiko). Im Fall Israel stehen in dieser Hinsicht komplizierte bilaterale Fragen auf der Tagesordnung: Besteuerung und Exterritorialität kirchlicher Einrichtungen, Eigentumsfragen, Status kirchlicher Schulen u. v. a.

Ein innerkatholisch nicht unumstrittener Schritt

Mit den offiziellen Gesprächen zur Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommt Israel einen erheblichen Schritt in seinem Bemühen um vatikanische Anerkennung weiter; während der Apostolische Stuhl – das könnte den Zeitpunkt dieses Schrittes erklären – sozusagen durch die Hintertüre die erhoffte Möglichkeit erhält, sein Gewicht zu einem möglicherweise entscheidenden Zeitpunkt der israelisch-arabischen Friedensgespräche doch noch in die Waagschale werfen zu können. „Le Monde“ (31. 7. 92) zitierte in dem Zusammenhang einen israelischen Vatikan-Fachmann mit der Bemerkung: „Der Vatikan wollte bei den Friedensverhandlungen nicht außen davor bleiben. Und was wichtiger ist: Der Apostolische Stuhl konnte es nicht hinnehmen, daß eines Tages der Status von Jerusalem ohne ihn verhandelt wird.“

Dem widerspricht nicht, daß international strittige Fragen, wie die Rechte der Palästinenser sowie der Status von Jerusalem u. ä., zunächst keine Rolle bei diesen Gesprächen spielen sollen. Hier wird man wohl erst den weiteren Verlauf der in Madrid im Herbst 1991 aufgenommenen Gespräche zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn abwarten müssen. *Arabische Vorbehalte* versuchte der Vatikan unterdessen mit dem Hinweis zu

entkräften, die arabischen Staaten hätten sich doch selbst mit Israel an einen Tisch gesetzt. Da sei es nicht einzusehen, warum man sich darüber empört zeigen könne, wenn die katholische Kirche dasselbe tue.

Aus der Haltung des lateinischen Patriarchen von Jerusalem, *Michel Sabbah*, ist jedoch unschwer zu erkennen, daß in der Frage der Aufgabenzuweisung an diese Kommission auch innerkirchlich durchaus *kontrovers* gedacht wird. Sosehr Sabbah die Bildung dieser Kommission insgesamt befürwortete, gehörte er dennoch zugleich auch zu den Unterzeichnern eines Briefes an Johannes Paul II., der von der Jerusalemer Zeitung „al-Fajr“ veröffentlicht wurde und in dem sich christliche und muslimische Würdenträger besorgt zeigten über die diplomatische Annäherung zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem Staat Israel. Unterschrieben wurde der Brief neben dem Jerusalemer Patriarchen Sabbah vom Mufti von Jerusalem, *Saed al-Din al'Alam Ibrahim Shaaban*, dem melkitischen Patriarchalvikar in Jerusalem, *Lutfi Labam*, und dem anglikanischen Bischof *Samir Kafity*. In dem Brief hieß es u. a., das Palästinenserproblem dürfe keinesfalls vergessen werden: „Wir hoffen, daß die Gespräche zwischen Israel und dem Vatikan nicht zur Annahme einer Politik führen, die den zukünftigen Status der Heiligen Stadt schädigen.“ In der Gesprächskommission sind auf vatikanischer Seite keine Palästinenser vertreten.

Der Regierungswechsel in Israel habe – versicherte der Vatikansprecher – keine Rolle in bezug auf den nun vollzogenen Schritt gespielt. Immerhin dürfte er dem Apostolischen Stuhl diesen Schritt erleichtert – selbst wenn noch von der Regierung Shamir dazu die eigentlichen Weichenstellungen vorgenommen wurden –, vielleicht aber auch erst recht die Dringlichkeit deutlich gemacht haben: Je realer die Möglichkeit einer Einigung zwischen Israelis und Arabern, desto größer mußte das Interesse des Apostolischen Stuhls sein, die Gespräche möglichst umgehend zu Klärungen im eigenen Interesse, d. h. auch über unmittelbar bilaterale Fragen hinaus zu nutzen.

Klaus Nientiedt

Die langen Schatten der Diktatur

Katholische Kirche und Vergangenheitsbewältigung in der ČSFR

Die katholische Kirche der in Auflösung befindlichen Tschechoslowakei steht vor mehreren schwierigen Herausforderungen: Sie muß sich an die neuen freiheitlichen Bedingungen für ihr Wirken gewöhnen und gleichzeitig mit ihrer Vergangenheit unter der kommunistischen Diktatur ins reine kommen. Seinerzeit übte der Staat eine rigorose Kontrolle über das kirchliche Leben aus; die aktiven Teile der Kirche waren in den Untergrund gedrängt.

Heute bemüht sich die Kirche um eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ihren noch nicht bewältigten Erblasten.

Mit Kardinal *František Tomášek*, der am 4. August im Alter von 93 Jahren starb, wurde in übertragenem Sinn eine ganze Epoche in der Geschichte der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei zu Grabe getragen.

Tomášek, bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1991 Erzbischof von Prag und Primas von Böhmen, war eine Symbolgestalt heroischen kirchlichen Widerstandes gegen die kommunistische Herrschaft. Seine Standfestigkeit, seine mutigen Konfrontationen mit der Staatsmacht und seine offen bekundete Solidarität mit jenen Priestern und Laien, die sich mit vielfältigen Initiativen den Pressionen des Regimes auf die Kirche widersetzen, haben weit über den unmittelbaren kirchlichen Bereich hinaus vielen Menschen in der Tschechoslowakei Mut gegeben. Sein Name bleibt für immer mit dem Kampf für Menschenrechte und Freiheit während der Jahrzehnte der kommunistischen Unterdrückung verbunden. Tomášek, einem nachdrücklichen Befürworter eines gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken, blieb es erspart, die offenbar nicht mehr abzuwendende Spaltung des Landes mitzuerleben. Die großen Hoffnungen, die Tomášek und seine Landsleute nach dem Sturz des kommunistischen Regimes im November 1989 in die neue Freiheit und in den Aufbau eines demokratischen Staatswesens setzten, haben sich nur zum Teil erfüllt. In der Tschechoslowakei sind die kommunistischen Verhaltensweisen auf vielen Ebenen immer noch nicht überwunden, beklagte vor kurzem Tomášeks Nachfolger, Erzbischof *Miloslav Vlk*, in einem Vortrag vor kirchlichen Mitarbeitern im niederösterreichischen St. Pölten. Die Zersplitterung der politischen Kräfte sowie der Nationalitätenstreit würden von kommunistischen Gruppen wieder für sich genutzt. Man baue zwar heute eine Demokratie auf, doch viele Menschen hätten „nur die Maske gewechselt: Man trägt heute die reformfreudige, wie man früher die kommunistische getragen hat“, konstatierte der tschechische Primas. Der Kommunismus, obwohl politisch zerschlagen, sei „noch immer in den Herzen der Menschen lebendig“. Man könne die vergangenen 40 Jahre nicht einfach aus dem Denken und Leben verbannen, der heute noch in den Menschen lebendige Haß habe vieles zerstört. In dieser Situation müsse die Kirche für die Gestaltung der Zukunft eine unersetzliche Rolle übernehmen und die Menschen wieder zur „einigenden Kraft der Liebe“ führen.

Die immer noch zerbrechliche Freiheit

In einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ warnte Vlk sogar vor der Gefahr eines neuen Totalitarismus in der CSFR. „Es besteht die Gefahr, daß wir es bald mit einem uneingeschränkten Machtanspruch einiger Gruppen und mit einem neuen Terrorismus der beliebigen Unwahrheit und der gezielten Lüge zu tun bekommen“, erklärte der tschechische Primas. Leider gehe es vielen Politikern in der Tschechoslowakei nicht mehr um die Veränderung der Gesellschaft und die Demokratie, sondern um die Macht; in der politischen Szene herrschten vor allem Zwistigkeit und Haß. Die Menschen hätten noch nicht gelernt, *mit der Freiheit umzugehen*. Die Freiheit erfordere „Zivilcourage und Disziplin“, da sie sonst in Anarchie abgleite. „Eben dieses gefährliche Abgleiten in eine Art von Anarchie spüren

wir heute oft“, warnte der Erzbischof. Diesen Gefahren könne man entgegentreten, wenn man „humane und christliche“ Beziehungen und Werte erneuere.

Das Erbe des Kommunismus komme – so der Prager Oberhirte – immer mehr zum Vorschein. Viele hätten geglaubt, mit dem Verschwinden der Diktatur werde „sofort eine Zeit der Harmonie beginnen“. Auch die Kirche habe vergessen, „daß der Kommunismus tief im Kopf und in der Seele stecken blieb“. Der primitive kommunistische Materialismus habe Wertbewußtsein und Sensibilität für das Transzendente „fast vollkommen zerstört“. „Die Wahrheit wird nicht gesucht“, stellte der Primas ernüchert fest.

Václav Malý, Vertrauter Kardinal Tomášeks und einer der führenden Köpfe des tschechischen Klerus im Kampf gegen die kommunistische Diktatur, beklagte in einem Interview mit mehreren österreichischen Kirchenzeitungen die mangelnde Bereitschaft seiner Landsleute und der Menschen in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, *politische Verantwortung* zu übernehmen. Die Menschen seien in der Zeit des Kommunismus „vom Staat versorgt“ worden und hätten sich darum nicht für öffentliche Angelegenheiten interessiert, bemerkte Malý. Diese Mentalität dauere bis heute an. Niemand wolle Verantwortung übernehmen. Einige politische Persönlichkeiten würden idealisiert und man erwarte alles von ihnen. Wenn diese Politiker nicht in der Lage seien, die hochgespannten Erwartungen zu erfüllen, sei die Bevölkerung enttäuscht und ver falle in „Hyperkritik“. Ein weiteres Problem sei, daß die Menschen bis heute keine Mitverantwortung für die Vergangenheit empfinden.

„Demoralisierung und moralischen Verfall der Menschen“ diagnostizierte auch der slowakische katholische Laienaktivist *Jan Pauliny* bei einer Veranstaltung der Katholischen Männerbewegung Österreichs. Dazu kämen der wirtschaftliche Verfall und die unermesslichen ökologischen Schäden als Erbe des Totalitarismus. Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich laufe vieles falsch. Während die Arbeitslosigkeit dramatisch zunehme und die steigenden Lebenshaltungskosten weite Teile der Bevölkerung in Armut stürzten, seien im Vorjahr innerhalb eines halben Jahres 100 000 neue „Millionäre“ zu verzeichnen gewesen: es handle sich überwiegend um ehemalige Kommunisten.

Mit großer Besorgnis äußerten sich die *slowakischen Bischöfe* über die gegenwärtige *wirtschaftliche Lage des Landes*. Der Staat – unterstrichen sie unlängst in einem gemeinsamen Hirtenbrief – sei „vor allen anderen Aufgaben verpflichtet, sich um eine angemessene materielle Absicherung und soziale Sicherheit seiner Bürger, vor allem der Familien, zu kümmern“. Der Staat dürfe auch nicht „seine Bürger mit Versprechungen einer Marktwirtschaftsordnung der Willkür wachsender Arbeitslosigkeit überlassen“, die in der Slowakei bereits bedrohliche Formen annehme. Ebenso wenig dürfe er die Bürger einer „rasanten, unkontrollierbaren Privatisierung aussetzen“. Das abgelöste Regime habe eine ökonomische Misere und

drückende Schulden hinterlassen. Das Abtragen dieser Last solle jedoch alle im gleichen Maße treffen. „Wir stellen uns die berechnete Frage, wie es möglich ist, daß einige Leute Millionen für Privatisierungen aufbringen können und das Parlament für andere soziale Netzwerke suchen muß“, hieß es wörtlich in dem Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe. Die Bischöfe betonten, daß sie nicht gegen die Privatisierung seien, „wenn sie für die Gesellschaft gut ist“, sie müsse aber unerläßlicherweise sozial gerecht sein. „Das ist im Interesse aller und besonders im Interesse unserer so viele Jahre ersehnten und teuer erkauften, aber immer noch zerbrechlichen Freiheit.“

Für eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Sehr ernst schätzen auch die *tschechischen* Bischöfe die Entwicklung ihres Landes ein. In einer im Juni – zwei Wochen nach den Parlamentswahlen – veröffentlichten Erklärung appellierten sie an die Bürger der ČSFR, unverantwortliche Taten zu verhindern. Die Christen in allen Landesteilen sollten „gegen Resignation, Verbitte- rung und Hoffnungslosigkeit ankämpfen“ und versuchen, Engführungen von „Nationalgefühl und Partei- treue“ im Blick auf wichtigere und grundsätzlichere Werte der Gesellschaft zu überwinden. Es gehe um die Grundwerte der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit ergänzte dazu der Budweiser Diözesanbischof *Antonín Liška*. Im Interesse einer gemeinsamen Zukunft sei es notwendig, persönliche Interessen hintanzustellen, um die wichtigste Aufgabe, die geistige Erneuerung nach der 40jährigen Verwüstung, in Angriff nehmen zu können.

Für eine positive Entwicklung der Gesellschaft sind auch eine *ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit* und eine Versöhnung zwischen Tätern und Opfern unabdingbar. Das unterstrich der tschechische Theologe *Oto Mádr*, selbst mehrere Jahre in Gefangenschaft und eine der führenden Persönlichkeiten der ehemaligen Untergrundkirche, bei einem vom Fernsehen übertragenen großen Gedenkgottesdienst am 7. März für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der Tschechoslowakei. Wie Mádr betonte, könne diese Aussöhnung nicht erfolgen, indem man – wie von manchen gefordert – einfach den Mantel des Schweigens über die Vergangenheit breitet. Versöhnung erfordere, daß die Schuldigen ihre Schuld eingestehen, bereuen und zu Wiedergutmachung bereit sind, soweit eine solche noch möglich ist. Es gehe nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit, die herzustellen das christliche und gesellschaftliche Gewissen verpflichtet sei. Schuld, die nicht versöhnt, und Unrecht, das nicht gutgemacht würde, erzeuge Enttäuschung, Mißtrauen, Resignation oder radikales Verhalten, was auf Dauer eine Gesellschaft zersetze.

Bei dem Gottesdienst – er wurde von Erzbischof Vlk und 40 Priestern, die in der kommunistischen Ära Verfolgung und Haft auf sich nehmen mußten, konzelebriert – mahnte der Theologe an die Pflicht, „das Werk, das die Opfer

begonnen haben, zu Ende zu führen“. Jene Tausende von Personen, die sich gegen die Diktatur gestellt und dies mit ihrem Leben bezahlt hätten, seien eine Mahnung an die Gegenwart, die Freiheit und die Demokratie in der ČSFR zu festigen. Mádr kritisierte in diesem Zusammenhang die Tendenzen der gegenwärtigen Politik, mit Emotionen, Schwarz-Weiß-Malerei und leeren Phrasen Eigeninteressen auf Kosten des Gemeinwohls durchzusetzen. Das Unverständnis und die gegenseitige überhebliche Einstellung zwischen Tschechen und Slowaken schädige ebenfalls die Zukunft der ČSFR-Gesellschaft.

Nach den Worten von Erzbischof Vlk gibt es „einige Werte zwischenmenschlicher Beziehungen, die in jeder Gesellschaft wach sind“, gleichgültig ob sie im konkreten respektiert würden oder nicht. Zu diesen Grundsätzen, auf die jede Gesellschaft angewiesen sei, gehöre die *Vergabung*, unterstrich der tschechische Primas in einem Interview mit der Tageszeitung „*Lidová demokracie*“ im Hinblick auf die öffentliche Diskussion um den Umgang mit persönlicher Schuld während des KP-Regimes. Lediglich einen Strich unter die Vergangenheit ziehen zu wollen, heiße, die Last ungelöst weiterzuschleppen. Vlk: „Diese Infektion des Bösen begleite die Gesellschaft, wenn sie kein Instrument hat wie der christliche Glaube – die Buße.“ Dieses Wort werde heute bedauerlicherweise oft vergessen oder sein Inhalt werde mißverstanden.

Entschieden wandte sich Vlk gegen eine generelle Veröffentlichung der Listen der ehemaligen Geheimdienst-Mitarbeiter. Aus der bloßen Unterschrift, mit der ein Mensch seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei erklärt hat, könnten weder Ausmaß und Inhalt der tatsächlich geleisteten „Dienste“ noch die Größe des äußeren Drucks abgelesen werden, betonte der Primas in einem Gespräch mit der österreichischen katholischen Presseagentur „*Kathpress*“. Ihm erscheine eine solche Vorgangsweise „ein wenig wie eine Hexenjagd: Wir verfolgen kleine Diebe, und die großen Fische, die maßgeblichen Akteure und Mitarbeiter bei den Schauprozessen und anderen Verbrechen bleiben allem Anschein nach unbehelligt.“ Zum Schutz der Gesellschaft sei es sicherlich notwendig, die Menschen in führenden Positionen auf ihre Vergangenheit hin zu überprüfen. Die Reinigung der Gesellschaft von der Schuld der Vergangenheit, an der jeder seinen Teil mittrage, könne aber kaum durch die Veröffentlichung von Listen geschehen. Dazu seien vielmehr das Eingeständnis der eigenen Schuld und gegenseitige Verzeihung vonnöten.

Sollte diese Prüfung des eigenen Gewissens nicht erfolgen, könnte sich das nach Ansicht Vlks schlimmer rächen als eine schlechte ökonomische Reform. Der Erzbischof erinnerte auch an die psychologischen Schuldmechanismen: Ein Mensch, der seine eigene Schuld nicht bekennt, suche sich einen „Sündenbock“, auf den er seine Schuld abschieben kann: „Sollte nicht jeder von uns seinen eigenen Teil der Verantwortung an der Vergangenheit eingestehen? Warf nicht die Mehrheit von uns mindestens einmal gehorsam den Stimmzettel in die Wahlurne? Applau-

dierten wir nicht bei verschiedenen Gelegenheiten – wenn auch mit Unlust und nicht freiwillig – nur deshalb, weil uns jemand beobachtete?“

Auch er habe bei manchem „mitgemacht“, bekannte der Erzbischof. „Ich habe noch verschiedene unappetitliche Feiern während meines Theologiestudiums in Erinnerung. Ich nahm – wenn auch unwillig – teil, weil ich es als ‚heilige Sache‘ betrachtete, Priester zu werden.“ Bis zu einem gewissen Grad habe jeder Kompromisse gemacht, weil er um Arbeit, Studienplatz, Existenz fürchtete. „Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein“, erinnerte der Primas an das Wort Jesu. Er persönlich habe keine Angst vor der Veröffentlichung der Geheimdienst-Listen. Er fürchte aber, daß damit Mißbrauch getrieben und eine „wirkliche innere Reform der gesamten Gesellschaft“ dadurch beiseite geschoben werde.

Das Problem der „Pacem in terris“-Priester

Die Kirche will durch das Eingeständnis eigener Schuld auch anderen Teilen der Bevölkerung ein Beispiel geben. Die katholischen Bischöfe Böhmens und Mährens entschuldigten sich in einem im April dieses Jahres veröffentlichten Pastoral Schreiben an die Gläubigen öffentlich für das Verhalten jener Priester, die als Exponenten der regimetreuen Priestervereinigung „Pacem in terris“ mit dem kommunistischen Regime kollaboriert oder sich auf andere Weise in den Dienst des Regimes gestellt hatten. Die Bischöfe sprechen von „schmerzlichen Irrtümern und Fehlern“, deren Auswirkungen oft „Unschuldige“ getroffen hätten. Angesichts von so viel „Unkraut“, von Schwäche und Versagen müsse die Kirche als ganzes Buße tun.

Wie auch „in anderen Schichten der Gesellschaft“ habe es Vertreter der Kirche gegeben, die sich in der Zeit des Kommunismus nicht als Helden erwiesen, sondern dem Druck und der Angst nachgegeben und sich als willfährig gegenüber dem Regime gezeigt hätten. Manche von ihnen hätten sogar mit der Geheimpolizei zusammengearbeitet. Neben diesen im Geheimen schuldig gewordenen Personen habe es jedoch auch Mitglieder des Klerus gegeben, die sich offen in der vom kommunistischen Staat lancierten Friedenspriesterbewegung „Pacem in terris“ engagierten. Es handelte sich um eine „durch den damaligen Staat ins Leben gerufene Vereinigung zur Spaltung der Kirche, deren Mitglieder eine traurige Rolle spielten“. Für viele einfache Menschen, die – sei es aktiv oder passiv – eine ablehnende Haltung gegenüber dem Regime eingenommen hätten, sei die Tätigkeit von „Pacem in terris“ zum „Ärgernis“ geworden: „Sie wurden irreführt, da sie glaubten, es sei die Haltung der ganzen Kirche.“

Die Bischöfe fühlen sich nicht berufen, die Rolle des Richters zu übernehmen, zumal sie um die Last des Druckes und um die Methoden der Geheimpolizei und der sogenannten „Kirchensekretäre“ des Staates wüßten.

Außerdem sei gegen die Kirche und ihre Vorsteher ein unverhältnismäßig größerer Druck ausgeübt worden als gegen die Mehrheit der Bevölkerung: „Das Regime fürchtete unsere Bindung an Rom und die Solidarität der Kirche im Ausland.“ Gott allein „prüft das Herz“, unterstreichen die Bischöfe und verweisen auf das Jesus-Wort: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet.“ Doch Tatsache sei, daß sich in den Reihen dieser nach dem Umsturz aufgelösten Bewegung bis heute niemand fand, „der um Verzeihung gebeten hätte“.

Da es sich um Angehörige der Kirche handle, fühle die Kirche auch eine Mitverantwortung für diese Schatten und Schwächen, für dieses Versagen und diese Sünden: „Deshalb möchten wir ganz klar unser Bedauern über diese Taten ausdrücken und bekennen, daß wir uns schuldig gemacht haben. Wir bitten die ganze Gesellschaft und alle, die dadurch vielleicht moralischen Schaden erlitten haben, um Vergebung“, heißt es wörtlich. Die Bischöfe seien sich bewußt, daß damit nur „der erste Schritt getan“ wurde: „Aber er mußte getan werden, um Raum für die innere Befreiung von dieser Last zu schaffen.“ Das Hirtenwort sollte auch ein Anstoß für die schuldig gewordenen sein, nicht länger irre zu gehen, sondern den Weg der Bekehrung anzutreten.

Abschließend bitten die Bischöfe alle, die über die Kirche in der Zeit des KP-Regimes urteilen, nicht zu übersehen, daß es neben diesen negativen Erscheinungen auch viele *heroische Glaubenszeugnisse* gegeben habe. Zahlreiche Priester, Ordensmänner und Ordensfrauen seien trotz Verfolgung treu geblieben und hätten zum Teil sogar ihr Leben hingegeben: „Das Licht ihres Lebens“ – schreiben die Bischöfe – „überragt bei weitem die Schatten der Schwäche“. Ihr Zeugnis stelle einen „großen moralischen Beitrag“ für den Aufbau der Gesellschaft dar.

Eine Initiative des Prager Erzbischofs

Der Generalsekretär der Tschechoslowakischen Bischofskonferenz, Weihbischof *František Radkovský*, erklärte im Gespräch mit Journalisten in Prag, die Katholiken des Landes und die Bischöfe hätten seit dem Umsturz darauf gewartet, daß die „Pacem in terris“-Priester ihre Schuld offen eingestehen und ihr Bedauern über ihr Verhalten bekunden. Keiner von ihnen habe sich aber bis dahin zu einem solchen Schritt entschlossen. Deshalb hätten sich die Bischöfe verpflichtet gefühlt, eine entsprechende Geste gegenüber der Gesellschaft zu setzen. Im übrigen habe die Kirchenleitung nach der Revolution die meisten „Pacem in terris“-Priester, die nur auf den unteren Ebenen der Vereinigung tätig waren, auf ihren kirchlichen Posten belassen. Jene aber, die in verantwortlichen Positionen tätig waren und sich in der Kollaboration hervorgetan hatten, habe man aus ihren Ämtern entfernt.

Über die öffentliche Erklärung der Bischöfe hinaus setzte der tschechische Primas noch einen weiteren Schritt. Erzbischof Vlk in der „Mladá Fronta“: „Ich habe allen Prie-

stern, ohne Unterschied, ein persönliches Schreiben geschickt. Ich habe darin jene, die im Mechanismus der Geheimpolizei hängengeblieben sind, aufgefordert, zu einem persönlichen Gespräch zu kommen, um darzulegen, wie die Dinge waren.“ Eine ganze Reihe von Priestern der Erzdiözese habe auf diesen Appell reagiert: Teils seien sie persönlich der Einladung gefolgt, teils hätten sie sich schriftlich gemeldet.

„Ich weiß, daß nicht alle gekommen sind“, unterstrich Vlk. Aber ihm schein es wertvoller, daß Priester in Freiheit diesen Schritt getan hätten, als daß man ihre Namen auf irgendwelche Listen gesetzt hätte. Ein Teil der Priester sei bisher zu diesem Schritt nicht bereit gewesen: „Es ist eher eine Schwäche oder Unfähigkeit, diesen Schritt zu tun, und mangelnder Glaube an die reinigende Kraft der Buße.“ Vielleicht spielten auch psychologische Gründe wie fehlende Schuldeinsicht oder das Bestreben, das eigene Tun zu entschuldigen bzw. zu bagatellisieren, eine Rolle. Vlk bedauerte das, hob jedoch hervor, daß niemand von diesen Priestern mehr Schädliches tun könne.

Andere Priester seien jedoch zu ihm gekommen und hätten offen gesprochen, welches Drama sie erlebt haben, schrieb der Prager Oberhirte und fügte hinzu: „Sie waren dankbar, daß ihnen dieser Schritt ermöglicht, daß ihnen die helfende Hand gereicht wurde und daß eine neue brüderliche Beziehung entstanden ist. Viele stellten die Frage: ‚Was soll ich machen, um diese Sache in Ordnung zu bringen?‘.“ Im Verlauf dieser Gespräche hätten beide Seiten gespürt, daß sich eine gewisse Unsicherheit und Spannung löste. Man habe erkannt, daß der Weg zur Bereinigung der Vergangenheit nur in Zusammenarbeit beider Seiten zu beschreiten sei. Vlk: „Wir begriffen, daß uns ein Geschenk zuteil wird: die Reue. Sie eröffnet auch dort einen Weg, wo kein anderer Ausweg möglich ist. Diese Erkenntnis kommt aus der tiefen Empfindung, daß jeder von uns gegenüber anderen Schuld trägt und Vergebung braucht. Nur jene, die sich pharisäisch rein fühlen, können als erste den Stein werfen.“ In diesem Sinn seien Reue und Enthüllung weit voneinander entfernt.

Peter Musyl

„Eine peruanische Kirche ist nie entstanden“

Ein Gespräch mit Bischof José Antonio Dammert über die Situation in seinem Land

In 60 Prozent des peruanischen Staatsgebietes herrscht der Ausnahmezustand – Folge des nun zehn Jahre dauernden Krieges zwischen der Terrororganisation „Sendero Luminoso“ und den staatlichen Sicherheitsorganen. Vom „Sandwich-Effekt“ wird dabei gesprochen, um die Situation der zwischen die Fronten geratenen Bevölkerung zu beschreiben: Den vor dem Terror in den ländlichen Gebieten Fliehenden bleibt die Alternative der Verelendung in den Slums der Küstenstädte. Die wirtschaftliche Misere scheint ausweglos – nur der informelle Sektor und der Drogenhandel blühen. Die Hoffnungen auf einen Neuanfang, die sich mit der Wahl von Präsident Alberto Fujimori verbanden, wichen wenige Monate später der Ernüchterung des „Fuji-Schocks“: Ein radikales wirtschaftliches Sanierungsprogramm zur Wiedererlangung internationaler Kreditwürdigkeit führte zur weiteren Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen kämpft die peruanische Kirche für die Menschenrechte und die Interessen einer verelendeten Bevölkerung. Anlässlich seines Deutschlandbesuches im Juni dieses Jahres führten wir mit dem Vorsitzenden der Peruanischen Bischofskonferenz, dem Bischof von Cajamarca, José Antonio Dammert Bellido, ein Gespräch zur Lage von Kirche und Gesellschaft in Peru. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Bischof Dammert, Peru ist wie kein zweites Land in Südamerika von politischer Gewalt und immen-

sen wirtschaftlichen Problemen geprägt. Angesichts dieser Situation der totalen politischen Instabilität kam der „Selbstputsch“ von Präsident Alberto Fujimori Anfang April für viele Beobachter nicht einmal überraschend. Wo liegen die eigentlichen Wurzeln der politischen Malaise?

Dammert: Die momentane politische Situation in Peru läßt sich nicht aus den Ereignissen der letzten Jahre erklären. Sie liegt letztlich in den vergangenen Jahrhunderten begründet. Dabei ist das Hauptproblem Perus vor allem die große Distanz zwischen dem Staat und dem peruanischen Volk. Zudem ist das Volk von seiner Tradition her auf den „caudillo“ fixiert, es sehnt sich nach einem Führer. Es ist auch immer von solchen Führern beherrscht worden: früher von den lokalen Fürsten, den „curacas“, und den Inkas, dann in der Epoche des Kolonialismus von Vertretern der spanischen Krone. Der „caudillismo“ setzte sich auch nach der Ablösung der Kolonialherrschaft durch die Republik fort.

HK: Und wo bildet sich diese historische Hypothek in der heutigen Situation des Landes ab?

Dammert: In der Urwaldregion wie auch in den Anden war der Staat überhaupt nie präsent. In der spanischen Epoche hatten diese Regionen die spanischen Hazienda-Besitzer besetzt und beherrscht, die ihre Feudalherrschaft bis in die Zeit der Republik aufrechterhalten konnten. Ohne die vorherige Erlaubnis der Hazienderos durften